Stadt Bergisch Gladbach
BM-13/ Zentrales Beschwerdemanagement
z.Hd. Herrn Kredelbach
Konrad- Adenauer- Platz 1
Zimmer 15
51465 Bergisch Gladbach

26.10.2017

Einschreiben

Beschwerde und Bürgerantrag für die Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden am 08.11.2017.

Sehr geehrter Herr Kredelbach,

ich bitte bei der nächsten Sitzung folgende Beschwerde und Anregung zu verhandeln:

Beschwerde

Hiermit führe ich dagegen Beschwerde, dass mir als Vertreter des BBiGL (Bündnis der Bürgerinitiativen für einen zukunftsorientierten Flächennutzungsplan) ein Rederecht im Flächennutzungsplanausschuss verwehrt wurde.

Begründung:

Am 30.6.17 habe ich beim Flächennutzungsplanausschuss und im Ausschuss für Anregungen und Beschwerden den Antrag gestellt, als Vertreter von BBiGL einen Impulsvortrag bei der Sitzung am 4.7. oder auch später halten zu dürfen.

Hintergrund: Die Stellungnahmen der Bürger zum FNP-Vorentwurf wurden immer nur aus der Sichtweise der Verwaltung dargestellt. Dabei weist die Verwaltung selbst mit Recht darauf hin, dass bei der Aufstellung der Bauleitpläne die öffentlichen und privaten Belange gerecht abzuwägen sind. Damit der Stadtrat, der über den Entwurf entscheiden wird, gerecht abwägen kann sollten deswegen auch die Bürger die Möglichkeit bekommen, ihre Kritik am Entwurf des Flächennutzungsplans darzustellen. Deswegen forderte das Bündnis der Bürgerinitiativen, auf einer gemeinsamen Sitzung des Flächennutzungsplanausschusses und des Stadtentwicklungs- und Planungsausschusses angehört zu werden.

Seite 1 von 2

Herr Höring, CDU, lehnte diesen Antrag mit Hinweis auf die Hauptsatzung und die Geschäftsordnung ab.

Unseres Erachtens lässt die Geschäftsordnung (§13) für den Rat und die Ausschüsse des Rates der Stadt Bergisch Gladbach es durchaus zu, die Bürgerinitiativen als (externe) Berichterstatter zu Wort kommen zu lassen. So erhält ja auch z.B. Herr Sterl von Post und Welters Rederecht, obwohl er dem Ausschuss nicht angehört. Die Entscheidung würde dabei allerdings dem Bürgermeister obliegen.

Anregung

Hiermit rege ich an, einen Vertreter und einen Stellvertreter von BBiGL als sachkundigen Bürger mit beratender Stimme in den Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss aufzunehmen.

Begründung

Nachdem Vertretern von BBiGL ein Rederecht auf der gemeinsamen Sitzung des Flächennutzungsplanausschusses und des Stadtentwicklungs- und Planungsausschusses verwehrt wurde konnte als Kompromiss erreicht werden, dass wir Impulsvorträge vor den Fraktionen der CDU und SPD halten konnten. Sowohl die Vorträge als auch die sich anschließende Diskussion wurde von den anwesenden Politikern nach eigenen Aussagen als sinnvoll und bereichernd angesehen. Wenn die Anregung angenommen wird würden alle Fraktionen gleich informiert.

Die Stadt Bergisch Gladbach könnte auf diesem Weg zeigen, dass Bürgerbeteiligung aktiv gelebt wird und sich nicht nur auf die Pflichtbeteiligung in Planungsverfahren beschränkt.

Mit freundlichen Grüßen